

Karl Aiginger

## Strategien zur Steigerung von Wachstum und Beschäftigung in Österreich

**Die Wirtschaft wächst sowohl in Österreich als auch im Durchschnitt der EU nicht kräftig genug, um die Arbeitslosenquote zu senken. Nicht zuletzt deshalb gab der Europäische Rat im März den Zielen Wachstum und Beschäftigung höchste Priorität und forderte die Mitgliedsländer auf, eine nationale Wachstumsstrategie vorzulegen. Die österreichische Bundesregierung ersuchte das WIFO, für den Regierungsgipfel Anfang Mai Maßnahmen zur Hebung des Wachstums in Österreich vorzuschlagen. Die vom WIFO skizzierten Initiativen in sieben Politikfeldern können eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums herbeiführen und sollen in eine Gesamtstrategie eingearbeitet werden.**

Der vorliegende Beitrag fasst ein umfangreiches Dokument des WIFO zusammen (unter Mitarbeit von Julia Bock-Schappelwein, Margarete Czerny, Martin Falk, Franz Hahn, Werner Hölzl, Ulrike Huemer, Daniela Kletzan, Angela Köppl, Hannes Leo, Helmut Mahringer, Markus Marterbauer, Wilfried Puwein, Margit Schratzenstaller, Thomas Url, Ewald Walterskirchen, 57 Seiten, 20 €, [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=25548](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25548)) • Wissenschaftliche Assistenz: Dagmar Guttmann, Waltraud Popp • E-Mail-Adresse: [Karl.Aiginger@wifo.ac.at](mailto:Karl.Aiginger@wifo.ac.at)

Die österreichische Wirtschaft erholte sich nach der anhaltenden Schwäche der letzten Jahre und kann 2004 bis 2006 Zuwachsraten von knapp 2% erreichen, wobei 2005 im Jahresmittel auch wieder vermehrte Abwärtsrisiken bestehen. Diese Wachstumsraten sind niedriger als in früheren Erholungsphasen und nicht hoch genug, um die Arbeitslosigkeit zu senken. Die vorliegende Untersuchung vergleicht das Wachstum in Österreich mit der Dynamik in anderen Ländern Europas und gibt einen Statusbericht auf der Basis eines breiteren Spektrums von sozio-ökonomischen Erfolgsindikatoren (primär der Strukturindikatoren, an denen Fortschritte der EU-Mitgliedstaaten in der Erreichung der "Lissabon-Ziele" beurteilt werden). In der Folge werden mit Innovation und Forschung, Bildung, Weiterbildung, Infrastruktur, Arbeitsmarktförderung und Anreizstrukturen, Betriebsgründungen und Umwelttechnologie sieben Strategieelemente zur Hebung des Wachstumspfades identifiziert.

Die Anhebung des Wachstumspfades einer Volkswirtschaft ist eine anspruchsvolle, schwierige und langfristige Aufgabe. Keine einzelne Maßnahme ist für sich genommen imstande, das Wachstum nachhaltig und merklich zu beschleunigen; vielmehr ist eine langfristig konzipierte und konsequent verfolgte Strategie erforderlich, in der angebotsseitige und nachfrageseitige Maßnahmen zusammenspielen. Maßnahmen, die die Flexibilität erhöhen, müssen kombiniert werden mit solchen, die Sicherheit und Vertrauen stärken.

Eine besondere Herausforderung besteht darin, die Maßnahmen so zu gestalten, dass sie nicht im Widerspruch zum langfristigen Konsolidierungsziel der öffentlichen Haushalte stehen, gleichzeitig aber stark genug sind, um wachstumspolitisch positive Wirkungen auszulösen und das Vertrauen in Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Aktionen, deren Finanzierung die öffentlichen Haushalte längerfristig belastet, verstärken die Unsicherheit und bewirken eine Zurückhaltung von privatem Konsum und Investitionen. Eine Strategie, die kurzfristig Nachfrage schafft und langfristig das Produktionspotential und die Wettbewerbskraft der Volkswirtschaft insgesamt steigert, bewirkt eine "Doppeldividende".

Die Wirksamkeit wachstumsfördernder Maßnahmen hängt auch von einer gleichgerichteten Politik in den Nachbarländern ab. Grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte etwa erfordern eine Umsetzung durch alle beteiligten Länder. Die Wirksamkeit

national beschränkter Maßnahmen zur Nachfragesteigerung wird durch Sickereffekte aufgrund des Importgehalts der Produktion gedämpft. Psychologische Effekte und Wachstumspessimismus kennen ebenfalls keine nationalen Grenzen.

Dass die Europäische Union dem Wachstumsziel höhere Priorität einräumt und die Erstellung nationaler Pläne zur Umsetzung der "Lissabon-Agenda" fordert, erhöht die Erfolgchancen einer Wachstumsstrategie. Österreich soll die Umorientierung der EU auf einen Wachstumskurs unterstützen. Dies könnte gerade während des österreichischen Ratsvorsitzes möglich und wichtig sein und würde auch einen Kompromiss bezüglich der Beitragszahlungen rechtfertigen.

Das WIFO legt vor diesem Hintergrund erste Vorschläge für wachstumssteigernde Initiativen vor, die als Anregung zu Sofortmaßnahmen und für den nationalen Plan zur Durchführung der anlässlich der Sitzung des Europäischen Rates in Luxemburg beschlossenen Europäischen Wachstumsstrategie<sup>1)</sup> dienen können. Großteils aus bisherigen WIFO-Arbeiten stammend, wären diese Ideen weiter zu konkretisieren und zu ergänzen und zu einer umfassenden Gesamtstrategie mit einer Übersicht über Kosten und Finanzierbarkeit zusammenzuführen<sup>2)</sup>.

## Konjunktur und Wachstum in Europa

Die europäische Wirtschaft kann von der derzeit günstigen Weltkonjunktur nicht ausreichend profitieren. Die Weltwirtschaft wuchs 2004 um 4,5%, für 2005 wird eine Rate von +4% erwartet. Dies bedeutet eine leichte Abschwächung, allerdings bei einer weiteren Zunahme der Kapazitätsauslastung. Im Euro-Raum wuchs das BIP hingegen 2004 real um nur 2% (EU 15 +2,3%, EU 25 +2,4%). Für 2005 rechnet die Europäische Kommission in ihrer Frühjahrsprognose mit einer Expansion um 1,6% im Euro-Raum und um 2% in der EU 25 (Übersicht 1).

Übersicht 1: Wachstumsvergleich

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	1970-1980	1980-1990	1990-1995	1995-2000	2000-2005	1995-2005
	Veränderung des realen BIP gegen das Vorjahr in %											
Österreich	+ 3,4	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,8	+ 2,0	+ 2,2	+ 3,6	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,9	+ 1,4	+ 2,2
EU 15	+ 3,6	+ 1,7	+ 1,1	+ 0,9	+ 2,3	+ 1,9	+ 3,0	+ 2,3	+ 1,5	+ 2,7	+ 1,6	+ 2,1
EU 25	+ 3,6	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,0	+ 2,4	+ 2,0	.	.	.	+ 2,8	+ 1,7	+ 2,2
Euro-Raum	+ 3,5	+ 1,6	+ 0,9	+ 0,6	+ 2,0	+ 1,6	+ 3,2	+ 2,3	+ 1,4	+ 2,6	+ 1,3	+ 2,0
Deutschland	+ 3,2	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,0	+ 1,6	+ 0,8	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,0	+ 0,7	+ 1,5
Italien	+ 3,0	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,2	+ 1,2	+ 3,6	+ 2,3	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,0	+ 1,4
USA	+ 3,7	+ 0,8	+ 1,9	+ 3,1	+ 4,4	+ 3,6	+ 3,2	+ 3,2	+ 2,5	+ 4,1	+ 2,7	+ 3,4

Q: WIFO-Berechnungen aufgrund von Eurostat (AMECO); Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission; Österreich: WIFO-Prognose vom April 2005.

Das Fehlen einer ausreichenden Wachstumsdynamik in Europa ist kein kurzfristiges, sondern ein mittelfristiges Phänomen. Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre (1995 bis 2005) lag die Expansionsrate in der EU 15 mit 2,1% deutlich unter jener der USA (+3,4%). Die Ursachen dieser Wachstumslücke sind Gegenstand eingehender und nicht immer übereinstimmender Analysen. Sie dürften sowohl im höheren Potentialwachstum in den USA (bedingt durch den Vorsprung in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Humankapital und Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien) als auch in der besseren Nutzung des Potentials durch eine wachstumsorientierte makroökonomische Steuerung sowie in der größeren Flexibilität der Arbeits- und Produktmärkte liegen (Aiginger, 2005). Diese Faktoren werden vor dem Hintergrund der Globalisierung der Weltwirtschaft sowie des Auftretens von Innovationsschüben (Kommunikationstechnologien, Biotechnologie, Nanotechnologie) und wiederholten Schocks (Rohölverteuerung, Währungsschwankungen) wichtiger als in Phasen schrittweiser Technologie- und stabiler Konjunktorentwicklung. Seit

<sup>1)</sup> Conclusions of the European Council of March 2005, [http://ue.eu.int/cms3\\_fo/showPage.asp?lang=de&id=432&mode=g&name=](http://ue.eu.int/cms3_fo/showPage.asp?lang=de&id=432&mode=g&name=).

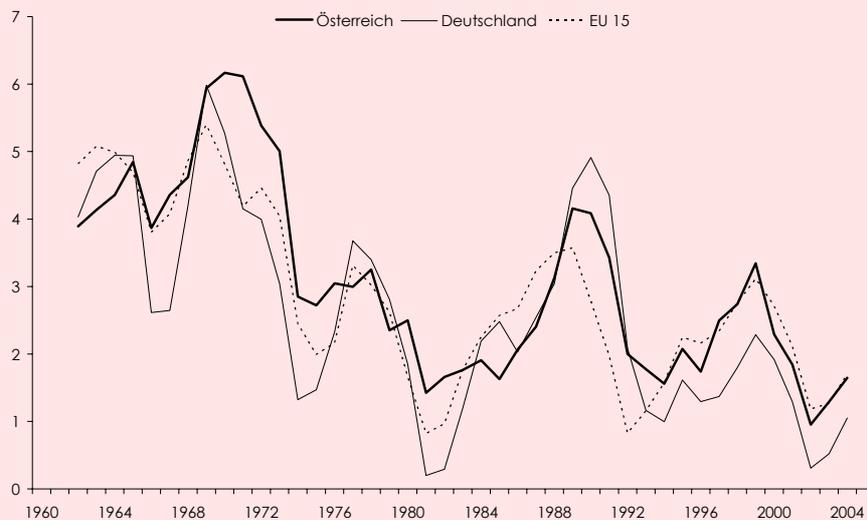
<sup>2)</sup> Ein Teil der vorgeschlagenen Maßnahmen – insbesondere die Aufstockung der Mittel für Infrastrukturinvestitionen und Forschung sowie die Ausdehnung der steuerlichen Forschungsförderung auf die Auftragsforschung – wurde inzwischen von der Bundesregierung beschlossen (<http://www.bka.gv.at/DesktopDefault.aspx?TabID=4722&Alias=bka>).

dem Zweiten Weltkrieg wuchs die Wirtschaft in Europa jahrelang stärker als in den USA; sie hatte den Produktivitätsvorsprung der USA zu Beginn der neunziger Jahre fast aufgeholt.

Zum aktuellen Wachstumsproblem in der EU trägt auch bei, dass Deutschland als die größte europäische Volkswirtschaft die Wiedervereinigung wirtschaftspolitisch nicht optimal steuerte, im Gefolge der Wiedervereinigung große Transfers zu bewältigen hatte, der Preisstabilität hohe Priorität einräumte und einer wachstumsorientierten Politik nicht den erforderlichen Vorrang gab. Die mittelfristigen Prognosen erwarten einen anhaltenden Wachstumsunterschied zwischen der EU und den USA (Schulmeister, 2005). So nimmt z. B. das Oxford-Modell, mit dem das WIFO seine mittelfristige Prognose berechnet, für die EU 15 ein Trendwachstum von 2,2% an, für die USA hingegen von 3,1%.

Abbildung 1: Entwicklung des BIP in Österreich, Deutschland und der EU 15

Veränderung gegen das Vorjahr in %, gleitender Dreijahresdurchschnitt



Q: WIFO-Berechnungen aufgrund von Eurostat (AMECO).

Lange sahen viele Ökonomen den Wachstumsvorsprung der USA als vorübergehend an. So wurde etwa argumentiert, dass er rein durch Unterschiede zwischen den Statistiken bedingt sein könnte (Zurechnung der Software-Produktion, stärkerer Einsatz hedonischer Preise), auf eine künstliche "IT-Blase" zurückzuführen sei oder mit dem Bevölkerungswachstum zusammenhängen könnte. Ungleichgewichte in der Außenbilanz und im Staatshaushalt sowie die niedrige Sparquote sind sicher auch heute gravierende ungelöste Probleme mit potentieller Wirkung auf den Wachstumspfad der Wirtschaft in den USA und der Weltwirtschaft.

Das Zurückbleiben Europas in der jüngsten Erholungsphase mit raschem Wachstum der Weltwirtschaft löste allerdings die Befürchtung aus, das Wachstum von Output, Produktivität und Erwerbstätigkeit sei nun mittelfristig in den USA und auch in vielen asiatischen Ländern höher als in Europa, sodass eine neue europäische Wachstumsstrategie notwendig wäre, um die Wachstumslücke zu schließen. Die jüngsten Änderungen am Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie der Neustart und die Refokussierung der "Lissabon-Strategie" sind erste Schritte einer veränderten europäischen Strategie.

Österreich hat durch ein über Jahrzehnte überdurchschnittliches Wachstum gemessen am BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten einen Spitzenrang in Europa erreicht – 2004 zählte es mit 27.100 € je Einwohner zu den führenden fünf Ländern in der EU 25.

**Die österreichische  
Position**

Das Pro-Kopf-Einkommen war damit niedriger als in Luxemburg, Irland<sup>3)</sup> und Dänemark, aber knapp höher als in Großbritannien, den Niederlanden und Belgien. Weltweit liegt Österreich nach einer OECD-Berechnung an siebenter Stelle der Industrieländer (OECD, 2005).

Übersicht 2: Strukturindikatoren für Produktivität, Beschäftigung und Innovationen

	Gesamtwirtschaftlicher Hintergrund				Beschäftigung				Innovation und Forschung			
	1. BIP pro Kopf (Kaufkraftstandards)		2. Arbeitsproduktivität (BIP je Erwerbstätigen, Kaufkraftstandards)		3. Beschäftigungsquote (15 bis 64 Jahre)		4. Beschäftigungsquote Älterer (55 bis 64 Jahre)		5. Jugendliche (20 bis 24 Jahre) mit Bildungsgrad Sekundarabschluss II oder darüber		6. Ausgaben für Forschung und Entwicklung	
	2004		2004		2003		2003		2004		2002	
	EU 25 = 100	Rang	EU 25 = 100	Rang	In % der Bevölkerung	Rang	In % der Bevölkerung	Rang	In %	Rang	In % des BIP	Rang
Luxemburg	216,7	1	142,4	1	62,7	14	30,0	20	69,8	22	1,71	10
Irland	134,3	2	127,7	3	65,4	9	49,0	8	85,3	7	1,09	14
Dänemark	121,9	3	103,8	9	75,1	1	60,2	2	76,1	18	2,52	4
Österreich	121,3	4	102,5	11	69,0	6	30,1	19	85,3	7	2,19	7
Großbritannien	119,9	5	109,2	6	71,8	4	55,5	3	76,4	17	1,87	9
Niederlande	119,6	6	103,0	10	73,5	2	44,8	9	73,3	19	1,89	8
Belgien	118,0	7	128,2	2	59,6	19	28,1	22	82,1	12	2,24	6
Schweden	116,1	8	105,0	8	72,9	3	68,6	1	86,3	5	4,27	1
Finnland	114,9	9	110,5	5	67,7	8	49,6	7	84,6	9	3,46	2
Frankreich	110,9	10	119,4	4	63,2	12	36,8	16	79,8	15	2,26	5
Deutschland	107,4	11	100,2	13	65,1	10	39,5	15	72,5	20	2,53	3
Italien	105,0	12	108,1	7	56,1	23	30,3	18	69,9	21	1,16	13
Spanien	97,6	13	102,5	11	59,7	18	40,8	14	62,5	23	1,03	15
Griechenland	82,4	14	97,2	14	57,8	20	42,1	13	81,7	13	0,64	20
Zypern	81,4	15	72,1	17	69,2	5	50,4	6	80,1	14	0,32	24
Slowenien	78,5	16	76,3	16	62,6	15	23,5	25	89,7	3	1,53	11
Portugal	73,3	17	66,8	19	68,1	7	51,6	5	49,0	24	0,80	17
Malta	72,0	18	84,3	15	54,2	24	32,5	17	47,9	25	.	.
Tschechien	69,8	19	65,9	20	64,7	11	42,3	12	90,9	2	1,22	12
Ungarn	61,7	20	69,5	18	57,0	22	28,9	21	83,4	10	1,02	16
Slowakei	53,9	21	61,4	21	57,7	21	24,6	24	91,3	1	0,58	22
Estland	50,3	22	50,1	23	62,9	13	52,3	4	82,3	11	0,75	18
Litauen	48,0	23	49,7	24	61,1	17	44,7	10	86,1	6	0,67	19
Polen	47,4	24	60,1	22	51,2	25	26,9	23	89,5	4	0,59	21
Lettland	43,7	25	43,6	25	61,8	16	44,1	11	76,9	16	0,42	23
EU 25	100,0		100,0		63,0		40,2		76,4		1,93	
EU 15	108,9		106,4		64,4		41,7		73,5		1,99	
Euro-Raum	106,3		105,9		62,6		37,8		72,5		1,93	
USA	159,0		143,8		71,2		59,9		.		2,64	
Japan	118,9		101,1		68,4		62,1		.		3,12	

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

Österreich erreichte diese Position durch einen realen Wachstumsvorsprung und die Aufwertung der Währung. Der Wachstumsvorsprung ging in den letzten 10 Jahren allerdings weitgehend verloren – die Wachstumsrate des realen BIP war zwischen 1995 und 2005 um 0,1 Prozentpunkt höher als in der EU 15 und um 0,2 Prozentpunkte höher als im Euro-Raum. In den letzten fünf Jahren überstieg sie mit 1,4% den Durchschnitt des Euro-Raums um 0,1 Prozentpunkt und blieb um 0,2 Prozentpunkte unter dem der EU 15. 2005 wird ein etwas dynamischeres Wachstum prognostiziert als für die europäischen Vergleichsräume. Mittel- und kurzfristig wächst die Wirtschaft in Österreich deutlich rascher als in Deutschland und Italien, aber schwächer als in den neuen EU-Ländern und im nördlichen europäischen Wachstumskern. Ein Vorsprung gegenüber den traditionellen Haupthandelspartnern und ein Rückstand gegenüber den Wachstumskernen in Nord- und Osteuropa sind auch für andere makroökonomische Indikatoren festzustellen.

<sup>3)</sup> In Irland liegt das BIP je Einwohner höher, das Nettonationalprodukt pro Kopf (das Gewinntransfers ausschließt) niedriger als in Österreich. Luxemburg hat ebenfalls ein höheres BIP pro Kopf, ist aber eher mit anderen städtischen Agglomeraten zu vergleichen. Die jährlichen Positionen im Einkommensranking wechseln, aber die Position Österreichs unter den fünf Ländern mit höchstem Pro-Kopf-Einkommen ist längerfristig stabil.

Übersicht 3: Die Arbeitslosenquote in Österreich und in der EU 15

	Österreich		EU 15	Deutschland	Italien
	Laut Eurostat	Laut AMS			
	In %				
1994	3,8	6,5	10,5	8,2	11,0
1995	3,9	6,6	10,1	8,0	11,5
1996	4,4	7,0	10,2	8,7	11,5
1997	4,4	7,1	10,0	9,7	11,6
1998	4,5	7,2	9,4	9,1	11,7
1999	3,9	6,7	8,7	8,4	11,3
2000	3,7	5,8	7,8	7,8	10,4
2001	3,6	6,1	7,4	7,8	9,4
2002	4,2	6,9	7,7	8,7	9,0
2003	4,3	7,0	8,1	9,6	8,6
2004	4,5	7,1	8,0	9,0	8,0
2005	4,5	7,1	8,0	9,0	7,9
Veränderung 2000/2005 in Prozentpunkten	+ 0,8	+ 1,3	+ 0,2	+ 1,2	- 2,5

Q: WIFO-Berechnungen aufgrund von Eurostat (AMECO) und AMS.

Übersicht 4: Strukturindikatoren für Wirtschaftsreformen und sozialen Zusammenhalt

	Wirtschaftsreform				Sozialer Zusammenhalt					
	7. Relatives Preisniveau		8. Bruttoanlageinvestitionen des privaten Sektors		9. Quote der Armutsgefährdung <sup>1)</sup>		10. Regionale Streuung der Beschäftigungsquote		11. Langzeitarbeitslosenquote (12 Monate und darüber)	
	2003		2004		2001		2003		2003	
	EU 25 = 100	Rang	In % des BIP	Rang	In %	Rang	Variationskoeffizient	Rang	In %	Rang
Luxemburg	105,3	17	15,3	21	12	7	.	.	0,9	1
Irland	127,0	24	20,7	8	21	21	.	.	1,5	8
Dänemark	139,3	25	17,9	13	10	3	.	.	1,1	4
Österreich	107,2	19	20,7	8	12	7	2,9	2	1,2	7
Großbritannien	103,2	15	15,1	22	19	16	6,0	8	1,1	4
Niederlande	106,6	18	17,0	14	12	7	2,4	1	1,0	2
Belgien	103,9	16	17,0	14	13	10	7,7	13	3,7	15
Schweden	124,3	22	13,0	25	9	2	4,3	5	1,0	2
Finnland	125,9	23	15,8	20	11	4	6,1	10	2,3	10
Frankreich	108,2	20	16,2	18	13	10	5,0	6	3,5	13
Deutschland	108,9	21	16,0	19	13	10	6,0	8	4,7	20
Italien	102,2	14	16,9	16	19	16	17,0	16	4,9	21
Spanien	85,6	12	22,9	3	19	16	8,9	15	3,9	17
Griechenland	84,3	11	21,4	7	20	19	3,6	3	5,1	22
Zypern	93,9	13	14,6	24	.	.	.	.	1,1	4
Slowenien	77,1	9	21,9	6	11	4	.	.	3,4	12
Portugal	79,5	10	19,3	11	20	19	3,9	4	2,2	9
Malta	72,8	8	16,4	17	.	.	.	.	3,5	13
Tschechien	55,2	5	22,8	4	8	1	5,8	7	3,8	16
Ungarn	58,0	6	19,4	10	11	4	8,5	14	2,4	11
Slowakei	49,8	1	22,2	5	.	.	7,6	12	11,1	25
Estland	62,2	7	25,3	1	18	15	.	.	4,6	19
Litauen	54,4	3	18,7	12	17	14	.	.	6,1	23
Polen	53,3	2	14,8	23	16	13	7,2	11	10,7	24
Lettland	55,1	4	23,9	2	.	.	.	.	4,3	18
EU 25	100,0		17,0		15		13,0		4,0	
EU 15	104,0		16,9		16		12,0		3,3	
Euro-Raum	103,1		17,4		15		11,5		3,9	
USA	101,3		-		-		-		0,7	
Japan	137,1		-		-		-		1,7	

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Anteil der Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle (60% des verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens nach Sozialtransfers).

Die Beschäftigungsquote ist in Österreich überdurchschnittlich hoch (2003 69%, EU 15 64%, EU 25 63%; Übersicht 2). Für die Gesamtbeschäftigung wurde damit das "Lissabon-Ziel" von 67% im Jahr 2005 realisiert, die Erreichung der Zielmarke von 70% im Jahr 2010 ist absehbar. Zwischen 2000 und 2003 stieg die Beschäftigungsquote um 1,7 Prozentpunkte, im Durchschnitt der EU 15 um 1 Prozentpunkt. Die Beschäfti-

gungsquote der Frauen lag 2003 bei 62,1%; auch hier ist die Erreichung der "Lissabon-Vorgabe" realistisch. Die Situation erscheint in Österreich u. a. durch die Einbeziehung der Bezieher von Kinderbetreuungsgeld im internationalen Vergleich etwas zu günstig.

Übersicht 5: Strukturindikatoren für Nachhaltigkeit

	12.		Umwelt 13.		14.	
	Emissionen von Treibhausgasen 2002		Energieintensität 2002		Güterverkehrsvolumen 2003	
	1995 = 100	Rang	kg Rohöleinheiten je 1.000 € BIP	Rang	1995 = 100	Rang
Luxemburg	84,9	9	198,5	7	109,0	16
Irland	128,9	22	164,2	3	141,7	23
Dänemark	99,2	14	122,8	1	87,2	4
Österreich	108,5	18	147,2	2	118,5	18
Großbritannien	85,1	10	214,5	10	85,4	3
Niederlande	100,6	15	202,2	8	89,3	6
Belgien	102,1	16	214,3	9	95,2	12
Schweden	96,3	11	224,3	11	90,8	7
Finnland	106,8	17	272,0	16	91,5	8
Frankreich	98,1	12	189,6	6	93,7	11
Deutschland	81,1	8	165,7	4	104,5	15
Italien	109,0	19	184,2	5	93,4	10
Spanien	139,4	23	229,3	12	139,2	22
Griechenland	126,5	20	258,4	14	122,7	20
Zypern	149,7	25	279,6	17	99,6	14
Slowenien	98,7	13	343,2	18	93,3	9
Portugal	141,0	24	255,0	13	118,3	17
Malta	128,5	21	268,2	15	.	.
Tschechien	74,3	7	930,5	22	99,0	13
Ungarn	69,0	5	574,2	19	87,2	4
Slowakei	71,8	6	964,8	23	48,6	1
Estland	44,8	3	1.155,7	24	190,0	24
Litauen	39,8	2	1.273,1	25	120,9	19
Polen	67,7	4	650,1	20	78,4	2
Lettland	36,9	1	749,3	21	133,1	21
EU 25	91,0		209,9		99,7	
EU 15	97,1		191,7		100,6	
Euro-Raum			188,4		103,7	
USA	113,1		331,0		-	
Japan	107,6		119,0		-	

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

Die Pro-Kopf-Produktivität ist in Österreich nur leicht überdurchschnittlich. Hier spiegeln sich die statistisch etwas überhöhten Beschäftigungszahlen in einer statistisch zu geringen Produktivität. Die Produktivitätsdynamik der Gesamtwirtschaft und besonders der Industrie übertrifft den Durchschnitt.

Mit 4,5% war die Arbeitslosenquote in Österreich 2004 unterdurchschnittlich, der Abstand zur EU hat sich allerdings verringert. Nach der Berechnungsmethode der EU wird die Zahl der Arbeitslosen, die eine geringfügige Beschäftigung ausüben (ab 1 Stunde pro Woche), ebenso wie die der saisonbedingt Arbeitslosen (ohne aktive Arbeitssuche) nicht einbezogen. Die österreichische Berechnungsmethode (2004 7,1%) berücksichtigt auch Personen mit Wiedereinstellungszusage, nicht aber Schulungsteilnehmer. Nach dieser Berechnung lag die Arbeitslosenquote in Österreich im Jahr 2000 bei 5,8%, auf ihrem Höhepunkt in den neunziger Jahren (1998) bei 7,2%. Ein erheblicher Teil des Arbeitskräftepotentials älterer Personen scheidet durch Frühpensionierung oder wegen Erwerbsunfähigkeit aus dem Arbeitsmarkt aus. Die Zahl der Frühpensionen ist in jüngster Zeit gesunken, jene der Erwerbsunfähigen gestiegen. Gemessen an der Beschäftigungsquote der Älteren lag Österreich in der EU 25 mit nur 30% 2003 an 19. Stelle (Übersicht 2).

Die drei Indikatoren zum sozialen Zusammenhalt (Übersicht 4) fallen für Österreich überdurchschnittlich gut aus. In der Armutsgefährdung nimmt Österreich die 7. Stelle unter den 25 EU-Ländern ein (12% der Bevölkerung gegenüber 16% in der EU 15). Die österreichische Position ist ungünstiger, als es der Einkommensposition entspräche;

allerdings steigt die relative Armutsgrenze mit dem Pro-Kopf-Einkommen. Die Beschäftigungsquote ist regional relativ ausgeglichen (noch weniger als in Österreich differiert sie regional nur in den Niederlanden), die Langzeitarbeitslosenquote liegt in Österreich bei 1,2%, im Durchschnitt der EU 15 bei 3,3% (EU 25 4%).

Gemessen an jenen Umweltindikatoren, die Niveaus werten, nimmt Österreich eine günstige Position ein, etwa bezüglich der Energieintensität (Rang 2). Nach jenen Indikatoren, die die Entwicklung messen – Anstieg der Treibhausgasemissionen und des Volumens im Gütertransport –, ist die österreichische Position dagegen sehr schlecht (jeweils 18. Rang).

Mittelfristig (2003/2008) erwartet das WIFO ein Wachstum der österreichischen Wirtschaft um 2,3%. Diese Prognose ist geringfügig höher als für den Euro-Raum und die EU 15 und entspricht etwa jener für die EU 25. Der Vorsprung beruht auf der überdurchschnittlichen Dynamik in den neuen EU-Ländern und in Südosteuropa (als wesentlicher Handelspartner Österreichs), der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft, dem geringen Konsolidierungsbedarf des öffentlichen Sektors und den verbesserten Standortbedingungen. Die prognostizierte Wachstumsrate wird jedoch nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit zu senken. Die Beschäftigung steigt zwar um rund 30.000 pro Jahr, das Arbeitskräfteangebot nimmt aber ähnlich stark zu. Gemäß WIFO-Berechnungen sinkt die Arbeitslosigkeit erst ab einem Wirtschaftswachstum von rund 2,5% deutlich.

Die Notwendigkeit, dem Wachstumsziel wieder größere Priorität einzuräumen, wird national und international nunmehr zunehmend anerkannt. Auf europäischer Ebene trugen wohl die absehbare Verfehlung des "Lissabon-Zieles" einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU und die Vergrößerung des Rückstands in der Produktivitätsentwicklung zu den USA am stärksten dazu bei. In Österreich wird besonders betont, dass nur bei höherem Wachstum die Arbeitslosigkeit und das Budgetdefizit sinken können und das Pensions- und Gesundheitssystem finanzierbar bleibt. Auch die Probleme der alternden Gesellschaft und eines verstärkten Zustroms von Arbeitskräften nach der Osterweiterung sind in einer wachsenden Volkswirtschaft leichter zu bewältigen, die Beschäftigungschancen besonders für geringqualifizierte Arbeitskräfte sind höher.

Ländervergleichende Analysen wirtschaftspolitischer Strategien zeigen, dass es schwierig ist, durch einzelne Maßnahmen und durch isolierte nationale Strategien den Wachstumspfad zu verändern. Erfolgreich sind Länder, die – in einer regionalen Umgebung ähnlich dynamischer Länder – gleichzeitig in mehreren Politikbereichen das Wachstum forcieren. Die wachstumspolitischen Strategien müssen zudem längerfristig verfolgt und von den Trägern der Wirtschaftspolitik, den Unternehmen und der Bevölkerung als konsistente Strategie gesehen werden. Sie sollten auf langfristigen, von Experten erstellten, unter den Trägern der Wirtschaftspolitik intensiv diskutierten Konzepten basieren (Weißbücher, Pläne, Strategien). Die Konzepte sind vorwärts gerichtet, sie forcieren Innovationen und Zukunftsaufgaben. Beschäftigung wird nicht defensiv auf mehr Köpfe verteilt, Schranken und Verbote sind die Ausnahme. Strategien zur Liberalisierung, Flexibilisierung und Deregulierung vergessen nicht den Zweck der bisherigen Regelung. Der vergrößerten Flexibilität für Unternehmen stehen Angebote zur Höherqualifikation der Arbeitskräfte gegenüber. Investitionen in die Zukunft erzeugen genügend Dynamik und senken die sozialen Kosten der Veränderungen.

Zusätzliche Ausgaben zur Stimulierung des Wirtschaftswachstums dürfen die langfristige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht aus den Augen verlieren. Das Ziel, in Österreich bis 2008 ein "Nulldefizit" zu erreichen, ist angesichts der Kosten der Steuerreform (einschließlich der Gruppenbesteuerung, die erst 2006 budgetwirksam wird) nur durch eine deutliche Dämpfung der Ausgaben zu erreichen, zu der die Verwaltungsreform namhaft beitragen soll. Es besteht zwar keine unmittelbare Gefahr, die Maastricht-Obergrenze für die Neuverschuldung zu erreichen, doch ist der Schuldenstand mit knapp 64% des BIP (2005) relativ hoch. Auch sind die demogra-

---

### **Notwendigkeit und Spielraum für eine wachstumspolitische Strategie**

phisch bedingten Lasten für Pensionen und Gesundheit in Österreich größer als in anderen Ländern.

Die Finanzierung der wachstumsfördernden Maßnahmen sollte daher teilweise aus Umschichtungen der bisherigen Ausgaben erfolgen; nur solche Maßnahmen sollten getroffen werden, deren volkswirtschaftliche Rendite mittelfristig hoch ist. Wenn es gelingt, den Wachstumspfad zu heben, dann finanzieren sich Ausgaben teilweise selbst (nach Schätzungen zu 20% bis 40%), allerdings nie vollständig und nie mit Sicherheit. Der psychologische Faktor – die Verringerung der Unsicherheit der privaten Haushalte und Unternehmen und die allgemeine Akzeptanz der Strategie – spielt eine entscheidende Rolle. Manche Maßnahmen erreichen ihre optimale Wirksamkeit erst nach mehreren Jahren. So erhöhen Ausgaben für Forschung und Ausbildung auch kurzfristig die Nachfrage, der größere Effekt tritt jedoch erst langfristig auf<sup>4)</sup>. Große Investitionsprojekte sind oft nur mit Verzögerungen durchzuführen. Die Konjunkturlage ist nach der aktuellen WIFO-Prognose nicht so ungünstig, dass rein nachfrageseitige Maßnahmen berechtigt wären. Sollte sich die Konjunktur verschlechtern, dann wäre es günstig, Projekte und Maßnahmen "auf Vorrat" zu haben, die rasch implementiert werden könnten. Sie sollten allerdings sowohl nachfrage- als auch angebotsseitig wirksam sein (also den Standort verbessern und die Zukunftsinvestitionen unterstützen).

Die einzelnen Maßnahmen können auch schrittweise umgesetzt werden, wenn sich neue Spielräume eröffnen (Einsparungseffekte, Privatisierungen) oder wenn ein Konjunkturrückschlag es erforderlich macht (schnell umsetzbare Zusatzinvestitionen). Wichtig ist, dass die Wachstumsstrategie, ihre Notwendigkeit und ihre Wirksamkeit von allen Trägern der Wirtschaftspolitik, von Unternehmen, Konsumenten und Experten breit anerkannt und als vorteilhaft angesehen werden. Eine langfristig angelegte wachstumspolitische Strategie muss auch in Perioden weiter verfolgt werden, in denen kurzfristig andere Prioritäten auftreten (EU-Präsidentschaft usw.). Eine laufende Evaluierung der Durchführung der Maßnahmen und ihrer Effekte wäre ebenfalls sinnvoll.

Der Entschluss, dem Wachstumsziel Priorität zu geben, darf nicht eine Vernachlässigung der Anstrengungen im Bereich der Kohärenz und der Nachhaltigkeit zur Folge haben. Beide Ziele sind wesentliche Charakteristika des "Europäischen Modells". Werden sie hintangestellt, so entstehen künftig höhere Folgekosten (und die Verunsicherung durch raschen Strategiewechsel). Außerdem verliert Europa und gerade Österreich damit Wachstums- und Exportchancen in der Umwelttechnologie.

Insgesamt scheinen eine Reihe von Handlungsfeldern relevant, die in ihrem Zusammenspiel die gewünschten Wachstumseffekte generieren können. Im Folgenden werden die wesentlichen Strategieelemente kurz skizziert.

---

### **Steigerung von Quantität und Qualität der Innovationen**

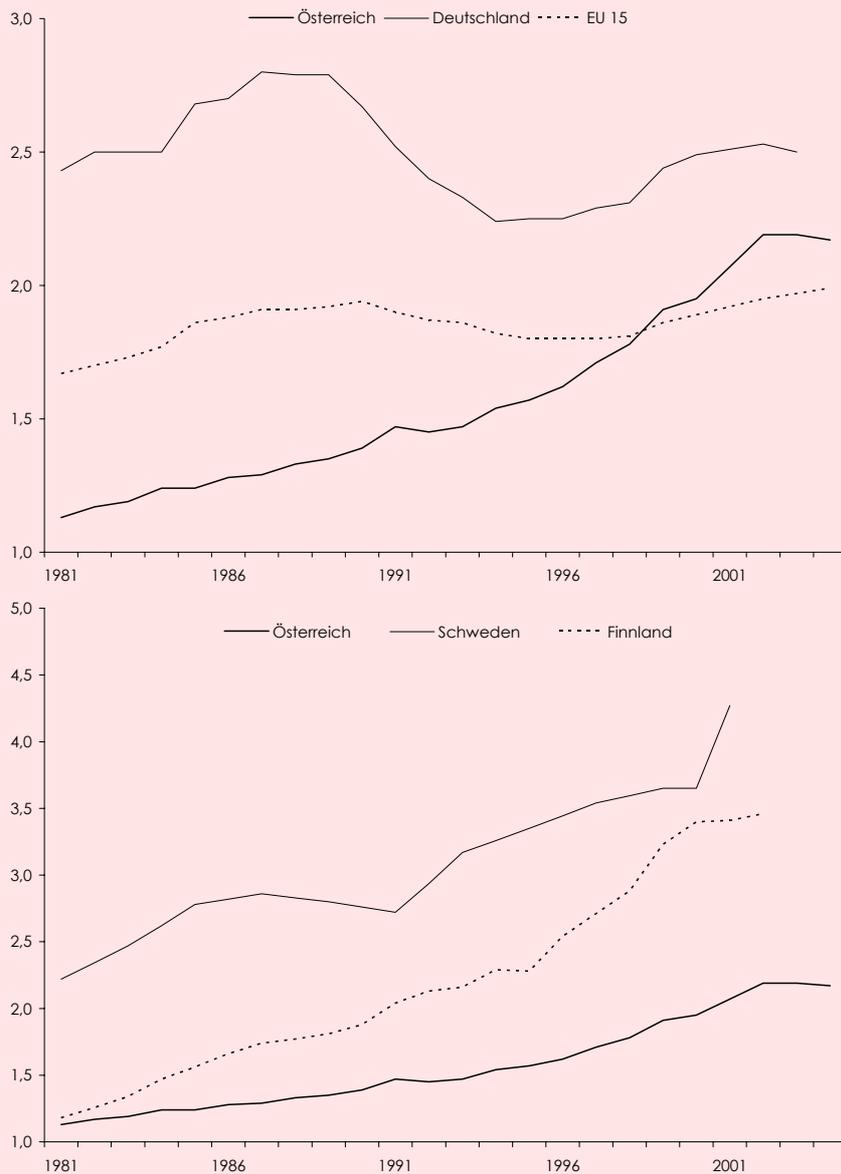
Für das Wachstum hochentwickelter Industrieländer spielen Innovationen eine wichtige Rolle, und zwar nicht nur technische, sondern auch soziale und organisatorische Innovationen. Für Österreich ist eine Verstärkung von Forschung und Innovationen besonders wichtig, da bisher ein für ein Hocheinkommensland relativ großer Teil der Technologien importiert wurde: Österreich importierte während des wirtschaftlichen Aufholprozesses nach dem Zweiten Weltkrieg Technologien und wurde häufig wegen des niedrigen Lohnniveaus (und auch wegen des Potentials an Facharbeitern) als Produktionsstandort gewählt. Diese Rolle des Technologienehmers spielen zunehmend die neuen EU-Länder; Österreich muss als Land mit einem der höchsten Pro-Kopf-Einkommen zum Technologiegeber und Anbieter im höchsten Qualitätssegment werden. Diese Position entspricht auch der neuen geopolitischen Lage Österreichs im Zentrum der erweiterten Europäischen Union.

---

<sup>4)</sup> Nach Berechnungen von Falk – Leo (2004) entstehen durch eine permanente Erhöhung der unternehmerischen Forschungs- und Entwicklungsmittel um 1 Mio. € (von denen annahmegemäß die öffentliche Hand 70% beiträgt) kurzfristig 13, mittelfristig 30 und langfristig rund 50 neue Arbeitsplätze.

Abbildung 2: Forschungsquote

Ausgaben für Forschung und Entwicklung in % des BIP



Q: WIFO-Berechnungen aufgrund von OECD (MSTI).

Die Erreichung einer Forschungsquote von 2,5% des BIP im Jahr 2006 und von 3% im Jahr 2010 ist ein quantitatives Ziel (und ein Ausgabenziel, neben dem auch die Effizienz der Ausgaben zu steigern ist). Die Erreichung des Zwischenzieles ist jedoch ein wichtiger Meilenstein und hat eine Signalfunktion für den Wirtschaftsstandort. Sie dokumentiert die Entschlossenheit der Wirtschaftspolitik und die Bereitschaft der Unternehmen, Österreich als Innovationsstandort weiterzuentwickeln. Zur Erhöhung der Forschungsquote auf 3% des BIP ist eine deutliche Steigerung der privaten und öffentlichen Ausgaben nötig: Ausgehend von 5,3 Mrd. € im Jahr 2004 müssten die Forschungsausgaben um rund 9% pro Jahr steigen, um den Zielwert für 2010 (8,8 Mrd. €) zu erreichen. Bei gleichbleibendem Anteil des Bundes an den Forschungsausgaben würden davon 2,6 Mrd. € auf den Bund entfallen.

Neben einer Garantie der langfristigen Finanzierung dieses Ausgabenzieles<sup>5)</sup> könnte eine Forschungsstrategie zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums folgende Elemente enthalten:

- Konzeption einer verbindlichen und operationalen Forschungsstrategie für Österreich,
- ministeriumsübergreifende Verantwortung und Koordination der Aktivitäten,
- Transparenz des Mitteleinsatzes<sup>6)</sup>,
- Reduktion der Zahl der Förderungsmaßnahmen,
- Anbindung der österreichischen Technologiepolitik an europäische Programme,
- Forcierung von Innovationen im Dienstleistungssektor,
- Evaluierung der Maßnahmen und Strategien, strategische Mittelvergabe,
- Ausdehnung der Forschungsprämie und des Forschungsfreibetrags auf Auftragsforschung (Fremdforschung ist besonders für Klein- und Mittelbetriebe wichtig),
- Prämie für Drittmittelforschung an den Universitäten (mit Obergrenze und zeitlicher Befristung; bei Zusammenarbeit von Unternehmen und Universitäten sollte ein Zusatzbonus von 20% auf eingeworbene Drittmittel gewährt werden),
- Aufstockung der Mittel der Forschungsstiftung (z. B. aus Privatisierungserlösen, von Ländern, Gemeinden, privaten Spendern, Stiftungen, Erbschaften),
- Kombination mit Maßnahmen zur Förderung des Strukturwandels (Anwerbung von Headquarter-Funktionen, Unternehmensgründungen, Venture Capital),
- verstärkte Nutzung von Forschungsprogrammen der EU (verstärkte Kofinanzierung und Anbahnungsfinanzierung).

---

### **Ausbildung quantitativ und qualitativ verbessern**

Die Qualität des Humankapitals bestimmt die Wettbewerbsfähigkeit direkt und ist auch Grundlage für die Fähigkeit, technische, soziale und organisatorische Innovationen durchzuführen. Die EU weist ein Defizit in der tertiären Ausbildung aus – in den USA wird in Relation zur Wirtschaftsleistung um etwa ein Drittel mehr für Hochschulen ausgegeben (*Sapir*, 2003).

In Österreich sind einerseits die Pro-Kopf-Ausgaben im Ausbildungsbereich hoch, andererseits ist als Folge des dualen Berufsausbildungssystems der Anteil der Arbeitskräfte mit sekundärer Ausbildung und der qualifizierten Facharbeiter groß. Das Defizit in der tertiären Ausbildung wurde durch die Einrichtung der Fachhochschulen gesenkt, der Anteil der Beschäftigten mit Tertiärausbildung ist aber noch immer gering. Die neuen EU-Länder konkurrieren jedoch mit Österreich gerade auf dem Gebiet der bisherigen österreichischen "Standortvorteile" einer guten oberen Sekundärausbildung und Facharbeiterqualifikation. Das duale Ausbildungssystem bedarf inhaltlicher und organisatorischer Verbesserungen. Seine Stärken müssen an die neuen Rahmenbedingungen angepasst werden. Neue Berufsinhalte und Lehrberufe in produktionsnahen und modernen Dienstleistungen müssen forciert werden.

Der technologische Wandel hat ebenso wie die erforderliche Neuorientierung Österreichs als Wirtschaftsstandort in der erweiterten EU einen Rückgang der Nachfrage nach Arbeitskräften im Niedriglohnsegment zur Folge. Zugleich wächst das Arbeitskräfteangebot (insgesamt rund +30.000 pro Jahr) vor allem im Segment geringer Qualifikationen (insbesondere ausländische Arbeitskräfte). Im Gegensatz dazu haben die schnell wachsenden Wirtschaftszweige einen großen Bedarf an qualifizierten Beschäftigten.

---

<sup>5)</sup> Sinnvoll wäre eine Absichtserklärung (Parlamentsbeschluss mit Zustimmung aller Parteien) über Anschluss und Erhöhung der "Sonderfinanzierung" nach ihrem Auslaufen – die derzeitige Unsicherheit erschwert Unternehmen und Fonds die Planung.

<sup>6)</sup> Es ist z. B. nicht möglich, die Ausgaben für Biotechnologie in Österreich zu ermitteln.

Ein Maßnahmenpaket zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums durch eine Verbesserung von Quantität und Qualität der Ausbildung könnte folgende Elemente umfassen:

- Reform der Lehrinhalte und der angestrebten Fähigkeiten,
- verstärkte Evaluierung von Schulen,
- organisatorische Schulreformen (spätere Spezialisierung, Förderkurse an beiden Enden des Qualitätsspektrums, Sprachkurse),
- Qualifizierungsoffensive für Personen mit Migrationshintergrund,
- Exzellenzprogramme für Schulen und Universitäten,
- Lehrlingsoffensive im Dienstleistungssektor,
- Unterstützung der Berufsunterbrechung zwecks Weiterbildung,
- Garantie der Mindestqualifikation von Schülern durch Vorschule und Förderkurse,
- Erhöhung des Anteils der naturwissenschaftlich-technischen Berufe (z. B. durch Information über Berufsaussichten, Einkommen oder auch durch differenzierte Studiengebühren).

Neben der Erstausbildung gewinnt die berufsbezogene Weiterbildung für die Konkurrenzfähigkeit Österreichs eine immer größere Bedeutung. Das technische Wissen und die im Wirtschaftsprozess nachgefragten Fähigkeiten verändern sich rasch. Die neue Position Österreichs und der Strukturwandel verändern zusätzlich das Anforderungsprofil. Zudem könnte der Anreiz zu betriebsinterner Weiterbildung sinken, weil die steigende berufliche Mobilität der Arbeitskräfte und der Bedeutungsverlust von "Lebensarbeitsplätzen" die Wahrscheinlichkeit verringern, dass die Weiterbildungskosten dem investierenden Betrieb zugute kommen. Der demographische Wandel und die Finanzierungsgrenzen im Pensionssystem erfordern, dass ältere Arbeitnehmer länger als bisher im Berufsleben bleiben. In etwa sieben Jahren wird die Gruppe der 50- bis 64-Jährigen die größte Gruppe im Erwerbspotential sein: größer als die der 25- bis 39-Jährigen und etwa zweimal so groß wie die unterste Altersgruppe (Abbildung 3). Die Weiterbildungsangebote sind in Österreich unübersichtlich, nicht aufeinander abgestimmt, von unterschiedlicher Qualität und nicht immer berufsbezogen.

## Quantität und Qualität der Weiterbildung

Abbildung 3: Erwerbspersonen nach Altersgruppen



Q: AMS, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Angesichts der steigenden Nachfrage nach Dienstleistungen und der damit verbundenen Qualifikationsanforderungen an die Arbeitskräfte verringert sich die Zahl der Arbeitsplätze mit standardisiertem Anforderungsprofil und Produktionsprozess.

Flexible Spezialisierung (Arbeitszeit, Arbeitsplatzorganisation) erfordert letztlich auch eine Modularisierung von Qualifizierungsangeboten.

Globalisierung und technologischer Wandel erhöhen die Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte: Künftig werden weniger bestimmte Qualifikationen nachgefragt als vielmehr multidimensionale "Skills" wie schulische, auf dem Arbeitsmarkt erworbene (formelle) bzw. informelle Qualifikationen sowie soziale Kompetenz. Diese Prinzipien finden gerade Eingang in die Erstausbildung, müssen aber auch in der Weiterbildung forciert werden.

Ein Maßnahmenpaket zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums durch Weiterbildungsmaßnahmen könnte folgende Elemente haben:

- Aktion zum Nachholen des Schulabschlusses,
- Institutionalisierung lebenslangen Lernens auf Ebene der Einzelpersonen, Unternehmen, Branchen und der Gesellschaft,
- Modularisierung des Weiterbildungsangebotes (System von aufeinander aufbauenden Kursen, das zur nächsthöheren Qualifikation führt),
- Zertifizierung der Weiterbildung mit Qualitätskontrolle und Evaluierung,
- Internationalisierung der Weiterbildung (Konsistenz der Module und Zertifizierung mit internationalen Ansätzen),
- Förderung der Weiterbildung in Sabbaticals,
- Nutzung von Zeitgutschriften, Durchrechnungen, Flexibilisierung für geschlossene Weiterbildungsperioden,
- Veränderung der Betriebsorganisation und der Karriereverläufe in Vorbereitung auf steigende Beschäftigung Älterer (interne Mobilität).

---

### Investitionen in die Infrastruktur steigern

Maßnahmen zur Ausweitung der Infrastrukturinvestitionen haben eine doppelte Wirkung: Einerseits steigern die Investitionen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage; dies ist positiv insbesondere in einer Phase der ungenügenden privaten Nachfrage nach Investitionen. Andererseits verbessern sie die Standortbedingungen und erhöhen das Wachstumspotential. Gut ausgebaute Straßen-, Bahn- und Flugverbindungen reduzieren die Transportkosten und damit den Preis von Vorprodukten und der Gesamtproduktion (bei vertikaler Arbeitsteilung). Immaterielle Infrastrukturinvestitionen ermöglichen den Übergang zu höherwertiger Produktion.

Allerdings sind auch hier die Grenzen der öffentlichen Finanzierung nicht zu übersehen, und angesichts des relativ großen Anteils der Bauwirtschaft in Österreich sollte der Mehraufwand neuer Projekte teilweise auch durch Verringerung von weniger dringlichen Ausgaben (niederrangiges Straßennetz, Personalaufwand in der Verwaltung) ausgeglichen werden. Infrastrukturinvestitionen mit hoher Wachstumsrelevanz (Breitbandtechnologie usw.) oder mit Doppeldividende (Ausbildung, Umwelt, Gesundheit, Kinderbetreuung) sollen in den Vordergrund rücken.

---

### Verkehrsinfrastruktur: Nationale Prioritäten

Ein leistungsfähiges, flexibles Transportangebot ist ein wichtiger Konkurrenzfaktor insbesondere im internationalen Wettbewerb. Wichtig ist vor allem eine gute Erreichbarkeit der grenznahen Märkte. Dies gilt für die traditionellen Märkte Österreichs wie Oberitalien, Ostschweiz, Süddeutschland und vielleicht noch mehr für die neuen Märkte in den Regionen um Pressburg, Budapest, Brünn, Prag, Marburg, Laibach und Agram. Durch den Kostennachteil aufgrund schlecht ausgebaute Verkehrsverbindungen können nicht nur ausländische, sondern auch inländische Absatz- und Beschaffungsmärkte verloren gehen: In Vorarlberg etwa orientiert sich die Wirtschaft weniger in die anderen österreichischen Bundesländer als nach Südwestdeutschland, die Steiermark und Kärnten sind für Unternehmen aus Salzburg und Oberösterreich weniger interessante Märkte als Bayern.

Der zunehmende Ausbau von "Umfahrungen" Österreichs entwertet Industriestandorte und bringt den Verlust von Logistikzentren mit Lagerführung, überregionalem Vertrieb, Endmontage, Verpackung, Finishing, Finanzdienstleistungen, Bestell- und Rech-

nungswesen. Logistikzentren sind relativ arbeitsintensiv, sie beschäftigen zum Teil geringqualifizierte, zum Teil aber auch hochqualifizierte Arbeitskräfte.

Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur haben relativ hohe inländische Wertschöpfungseffekte, werden aber immer weniger arbeitsintensiv. Zu beachten sind lange Vorlaufzeiten: In der Vergangenheit wurden Konjunkturbelebungsprogramme mit Infrastrukturinvestitionen vielfach erst wirksam, wenn die Bauwirtschaft ohnedies bereits gut beschäftigt war.

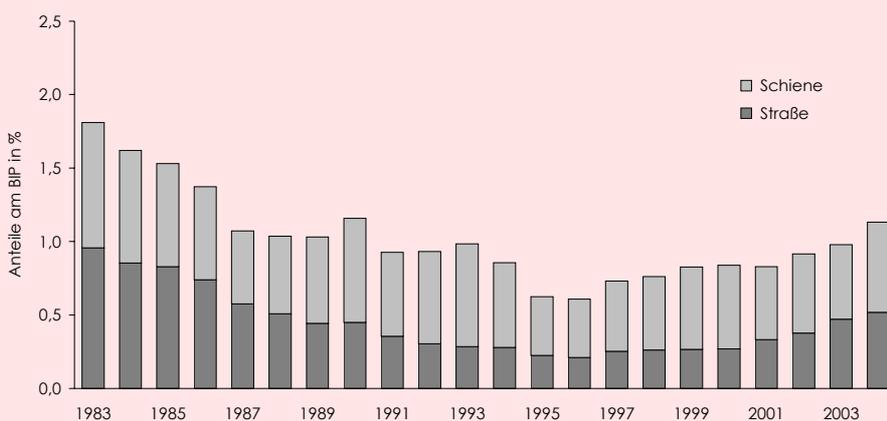
Die folgenden Projekte sind bereits in Bau, Projektierung oder Plan (Generalverkehrsplan Österreich 2002); es könnte überprüft werden, sie vorzuziehen bzw. zu beschleunigen:

- Hochrangiges Straßennetz: Ausbau der Westautobahn, Nord-Süd-Umfahrung Wien, Spange Kittsee, Nordautobahn, Mühlviertler Schnellstraße; die Forcierung von Straßeninvestitionen muss die öffentlichen Haushalte nicht belasten, da sie durch Mauteinnahmen finanziert werden kann.
- Beseitigung von Engpässen im Eisenbahnnetz und Neubau von Strecken mit "Behinderungen" (großen Steigungen, engen Kurvenradien, starkem Nahverkehr): Westbahn, Pyhrnbahn–Summerauer Bahn, Semmeringtunnel. Der Bahnausbau ist kaum aus Trassengeldern zu finanzieren. Unabhängig davon ob Investitionen über die ÖBB oder über Modelle der Public Private Partnership (PPP) erfolgen, trägt der Bund die Finanzierungskosten. Der Brenner-Basistunnel ist binnenwirtschaftlich betrachtet für Österreich von geringem Interesse, ökologisch aber zur Entlastung des Straßentransits von Bedeutung. Ein erheblicher Finanzierungsanteil der Hauptinteressenten Italien, Deutschland sowie der EU wäre begründbar.

Zusätzlich könnten der Containerverkehr und Güterterminals mit leistungsfähigem Umschlag zwischen Straße und Schiene forciert werden. Die Bahnhofssanierung könnte beschleunigt werden.

- Flughafen: Die kontinuierliche Steigerung der Leistung von Wien Schwechat zum "Drehkreuz" für das östliche Mitteleuropa ist wesentlich für den internationalen Geschäftsverkehr und für Wien als Zentrum für Handelsdienstleistungen und Touristik; die Realisierung der Straße-Bahnverbindung mit Pressburg ist vorrangig. Die Finanzierung einschließlich der Anschlüsse ist durch Flughafenengebühren und Kerosinsteuer möglich, für die Kerosinbesteuerung ist eine EU-Regelung erforderlich.

Abbildung 4: Investitionen in Bundesstraßen und in das Schienennetz in Relation zum BIP



Q: Statistik Austria, ASFINAG, ÖBB, SCHIG.

Neben dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und der transeuropäischen Netze können auch die folgenden Vorschläge eine Wachstumsstrategie unterstützen:

- Die Organisation des Verkehrs kann unter Nutzung von Telematik, Informations- und Kommunikationssystemen, Logistikkonzeptionen mit einem bedeutenden Potential an Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten verbessert werden.

### Finanzierung sonstiger Infrastrukturinvestitionen

- Eine stärkere Nutzung von PPP-Projekten wäre durch eine Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen, eine PPP-Task-Force für Österreich, begleitende Forschung über Erfolgsfaktoren und Modelle von PPP-Projekten zu erreichen.
- Der Rückgang der Investitionen in die physische Infrastruktur und der Bedarf an immateriellen Infrastrukturinvestitionen (Breitbandtechnologie, Weiterbildung usw.) legen nahe, eine Sonderfinanzierung der Infrastrukturinvestitionen durch Länder und Gemeinden anzudenken. Dazu könnten teilweise Mittel aus der Wohnbauförderung (vor allem vorzeitiger Darlehensrückzahlung), vom Kapitalmarkt, aus Mortgage-Backed-Security-Modellen oder Fördermittel der EIB (z. B. Energiespar-Contracting) herangezogen werden.
- Sinnvoll wären eine Beschleunigung der Baubewilligungsverfahren, eine Harmonisierung der Bauordnung zwischen den Bundesländern oder die Revitalisierung von Ortskernen.
- Mit einer verpflichtenden Einführung des Energieausweises ab dem Jahr 2006 (entsprechend den EU-Standards für die thermische Qualität der Gebäudehülle) könnten die Wohnbauförderprogramme stärker auf energiesparende Investitionen ausgerichtet werden. Eine Erweiterung der Anreizförderung wäre zu überprüfen.
- Ein Bauforschungsprogramm "Ökologischer Bau" sollte entwickelt werden.
- Vorbildfunktion hat die Anwendung von neuen Technologien im öffentlichen Bau (Contracting-Modelle, Nutzung von Erdwärme usw.).
- Schließlich sollten internationale Forschungsk Kooperationen in der Bauwirtschaft forciert werden.

### Ausbau der trans-europäischen Netze

Der Ausbau der transeuropäischen Netze (TEN) wurden im EU-Vertrag 1993 (Maastricht-Vertrag) verankert und sollte nach der Idee von Alain Delors das Binnenmarktprogramm und die Währungsunion ergänzen und indirekt in jenen Bereichen, in denen Binnenmarkt und Währungsunion eine restriktive Wirkung auf einzelne Regionen und Bevölkerungsgruppen haben, ergänzend absichern.

Bereits 1994 wurden in Essen 14 vorrangige Projekte festgelegt. Im April 2004 wurden die TEN-Guidelines revidiert: Es wurden 30 vorrangige Projekte bis 2020 festgelegt, mit Kosten von insgesamt 225 Mrd. €. Diese sollen durch das EU-Budget (TEN-Budget, Kohäsionsfonds usw.) und durch nationale Quellen, EIB-Kredite sowie den privaten Sektor finanziert werden. Die Europäische Kommission schlug eine Erhöhung der EU-Kofinanzierung für die Durchführung der Bauarbeiten von 10% auf 30% vor (für die Planung schon bisher bis zu 50%), der Rat kürzte den Kofinanzierungsanteil auf 20%. Anfang 2005 genehmigte die Kommission 620 Mio. € für die prioritären Projekte.

In ihrem Vorschlag für den Finanzierungsrahmen 2007 bis 2013 verlangt die Kommission eine deutliche Ausweitung der TEN-Mittel auf 20 Mrd. €. Darunter sind fünf Österreich direkt betreffende Projekte:

- Eisenbahn München-Kufstein-Innsbruck-Brenner-Basistunnel (Fertigstellung 2009 bis 2015),
- Eisenbahn München-Salzburg-Wien-Pressburg (2010 bis 2012),
- Binnenschifffahrt Wien-Pressburg (2015),
- Eisenbahn Budapest-Wien, Prag-Linz (2010 bis 2016),
- Autobahn Wien-Brünn (2009).

Insgesamt versprechen TEN-Projekte eine deutliche Verbesserung der europäischen Standortbedingungen. Österreich würde aufgrund seiner geographischen Lage profitieren und ist auch in den geplanten TEN-Projekten überproportional vertreten. Die Finanzierungsplanung steht fest, die konkrete Mittelzuweisung und die nationale Kofinanzierung fehlen in vielen Ländern. Die nationalen Planungen sollten beschleunigt und die österreichische Kofinanzierung sichergestellt werden. Eine Unterstützung des Kommissionsvorschlags für den Finanzierungsrahmen 2007 bis 2013 sowie des ursprünglichen Vorschlags der Kommission zu einer EU-Kofinanzierung von 30% wäre für

den Erfolg der TEN-Projekte hilfreich. Österreich würde von beiden Maßnahmen profitieren, auch wenn dies mit höheren Finanzierungsbeiträgen für das EU-Budget verbunden wäre.

Maßnahmen zur Hebung des Wachstumspfad durch beschleunigte Realisierung der TEN-Projekte könnten folgende Punkte umfassen:

- Verbesserung der Kofinanzierungsregeln für die neuen EU-Länder (der Kofinanzierungsbedarf ist relativ hoch, die nationalen Mittel sind begrenzt, u. a. durch den Versuch, die Kriterien für die Teilnahme an der Währungsunion zu erreichen),
- Beschleunigung der nationalen Planungen und Sicherstellung der österreichischen Kofinanzierung,
- verstärkte Kooperation mit den Nachbarländern zur Forcierung der TEN-Projekte,
- Nominierung eines nationalen "TEN-Beauftragten" (eventuell gekoppelt mit dem "Lissabon-Verantwortlichen"),
- jährlicher Fortschrittsbericht (eventuell im Rahmen des nationalen Umsetzungsplans für die Lissabon-Strategie),
- Anreize zur Beschleunigung der TEN-Projekte (höhere Kofinanzierung bei früherem Beginn),
- transnationale Standortplanung Österreichs mit Nachbarländern,
- Unterstützung des Kommissionsvorschlags für den Finanzierungsrahmen 2007 bis 2013,
- Unterstützung des ursprünglichen Kommissionsvorschlags der Kofinanzierung von 30%.

Der größte Beitrag zur Senkung der Arbeitslosigkeit müsste von einer Anhebung des Wirtschaftswachstums kommen. Maßnahmen, die direkt am Arbeitsmarkt ansetzen, können jedoch zusätzlich die Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage verbessern (Matching) und so zum Wachstum beitragen. Dazu zählen Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung (Vermittlung und Qualifizierung), zur Erhöhung von Flexibilität und Mobilität der Arbeitskräfte, Wiedereingliederungsbeihilfen und Lohnsubventionen sowie die Erleichterung von Berufsunterbrechung und Weiterbildung.

Das WIFO hat ausführliche Studien zur Evaluierung der Arbeitsmarktförderung (*Lutz et al., 2005*), zur Flexibilisierung (*Kaniowski – Walterskirchen, 2004*) und zur Bedeutung von Regulierung (*Aiginger, 2004*) vorgelegt. Hier werden die wichtigsten Vorschläge in den genannten Bereichen vorgestellt:

- zielgruppenspezifischer Einsatz von Eingliederungsbeihilfen (zeitlich befristete Lohnkostensubvention für Langzeitarbeitslose, Jugendliche, ältere Arbeitnehmer),
- Anhebung des Bildungsanteils an den Aktivierungsmaßnahmen des AMS,
- Förderung des Zugangs der erwerbsfähigen Bezieher von offener Sozialhilfe in die Qualifizierungsmaßnahmen,
- Hinterfragen der Rückzahlungspflicht von Sozialhilfe bei Arbeitsaufnahme (sie reduziert das Einkommen aus Wiederbeschäftigung und erhöht den "Grenzsteuersatz" bei Arbeitsaufnahme),
- Vereinheitlichung und Verrechtlichung der Anspruchsvoraussetzungen für Sozialhilfe,
- Forcierung der präventiven Arbeitsmarktpolitik durch Förderung der Weiterbildung für Risikogruppen,
- Ausweitung der Rechte und Pflichten der Arbeitssuchenden ("fördern und fordern", welfare – workfare),
- Einbindung der aktiven Arbeitsmarktpolitik in eine Strategie zur Forcierung des lebenslangen Lernens,

---

## Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt

- Überführung von JASG-Maßnahmen im Lehrlingsbereich (Auffangnetzen) in ge-regelte, qualitativ anerkannte Ausbildungswege (möglichst unter Beteiligung der Betriebe),
- Reform der Lehrlingsausbildung in Richtung der Schlüsselqualifikationen, Verbes-erung des Übergangs in weitere Bildungswege,
- Forcierung von Lehrstellen im modernen Dienstleistungssektor,
- Verbesserung der Kinderbetreuungseinrichtungen (u. a. zur Anhebung der Er-werbssfähigkeit von Eltern),
- Verbesserung der Arbeitsmarktchancen für Ältere (Anreize in Sozialversicherung und Pensionssystem, betriebliche Arbeitsplatzgestaltung, Nationaler Aktionsplan für ältere Arbeitnehmer wie z. B. in Finnland),
- längerfristige Dotierung der Arbeitsmarktpolitik, die Kompetenzaufbau in der Trä-gerlandschaft und größere Planungssicherheit erlaubt,
- Forcierung von Weiterbildungsphasen (Sabbaticals), Verankerung von Rechten und Pflichten bei gleichzeitiger Nutzung von Sabbaticals zur Anpassung des Be-schäftigtenstandes an Konjunktur- oder Saisonschwankungen ("atmendes Unter-nehmen – atmender Arbeitsmarkt"),
- Nutzung von öffentlichen Dienstleistungen für die Reintegration von Arbeitslosen auf marktnahen Arbeitsplätzen (am besten unter Beteiligung von Betrieben).

---

### **Betriebsgründungen, Unternehmens- finanzierung, Head- quarter-Marketing**

Eine Förderung des Wirtschaftswachstums über Standortverbesserungen sollte Maß-nahmen zugunsten von Betriebsgründungen, zum Erwerb oder Ausbau von Unter-nehmenszentralen und Verbesserungen in der Unternehmensfinanzierung enthalten.

Zur Forcierung von Betriebsgründungen wären sinnvoll:

- One-Stop-Shop-Anlaufstelle der Behörden für Unternehmensgründer (nicht nur für Förderungen; teilweise bereits realisiert über Wirtschaftskammer bzw. Regionalini-tiativen),
- Vermittlung eines positiven Image von "Entrepreneurship" (über Preise, in Schulen usw.), Vermittlung wirtschaftlicher Grundkenntnisse als Allgemeinbildungsfach in Schulen, Fachhochschulen, Universitäten.

Verbesserungen in der Unternehmensfinanzierung und auf dem Kapitalmarkt wür-den folgende Maßnahmen bringen:

- Abwicklung von Privatisierungen über den Kapitalmarkt,
- Maßnahmen im Bereich der Unternehmensfinanzierung, um zusätzlich günstiges (aber nicht subventioniertes) Fremdkapital bereitzustellen,
- Stärkung von Anleihenmärkten für Unternehmensanleihen,
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für die "Securitisation" (Verbriefung) von Forderungen (durch Bündelung können neue Finanzierungsinstrumente mit at-traktiven Kosten eventuell auch für Klein- und Mittelbetriebe geschaffen werden),
- Start-up-Finanzierung im High-Tech-Bereich,
- Schaffung der Rahmenbedingungen für die Übernahme internationaler Modelle für "Venture Capital" und "Private Equity" (z. B. "Limited Partnership" wie in Großbri-tannien),
- öffentliche Förderungen vor allem in der "Seed"-Phase von High-Tech-Unterneh-men,
- Ausbau von Netzwerken für "Business Angels".

Vor dem Hintergrund der Restrukturierung der europäischen Wirtschaftslandschaft ist es wichtig, Konzernzentralen und Kompetenzzentren zur Ansiedlung in Österreich zu gewinnen:

- Marketing für Österreich als Headquarter-Standort und als Technologieland,

- Ansiedlungspakete mit Direktförderung über drei Jahre,
- Angebot an Unternehmen, Ausbildungseinrichtungen und Lehrwerkstätten mit zu gestalten.

Nach der Hypothese des Harvard-Ökonomen Michael Porter eröffnet ein anspruchsvoller Umweltstandard einem Land Wachstums- und Exportchancen. Österreich hat in manchen Umwelttechnologien eine Führungsrolle, die zur Steigerung des Wirtschaftswachstums genutzt werden sollte.

Eine aktive Umweltpolitik kann zur Hebung des Wirtschaftswachstums wie folgt beitragen:

- Alle drei in der "Lissabon-Strategie" angeführten Ziele – Wachstum, sozialer Zusammenhalt und Umweltqualität – sollen berücksichtigt werden. Eine Vernachlässigung der Zieldimension "Nachhaltigkeit" bzw. "Umweltqualität" birgt die Gefahr, dass zugunsten eines kurzfristigen quantitativen Wachstums mittelfristig zusätzliche Kosten (wegen notwendiger Umweltsanierung oder höherer Klimaschäden) verursacht werden.
- Umwelttechnologien und gezielte Technologiepolitik können einen entscheidenden Beitrag für ein ressourcen- und umweltschonendes Wachstum leisten. Daraus erwächst die Chance für österreichische und europäische Unternehmen, durch Innovationen im Bereich ressourceneffizienter Technologien internationale First-Mover-Vorteile zu lukrieren.
- Die Umwelttechnikindustrie ist auf die Vorhersehbarkeit und Planbarkeit umweltpolitischer Ziele sowie der technologiepolitischen Steuerung und Instrumente angewiesen. Dies beeinflusst einerseits die Entwicklung und das Angebot von Umwelttechnik und andererseits die Nachfrage und den Einsatz dieser Technologien.

Österreich ist es bislang nicht gelungen, den Trend steigender Treibhausgasemissionen zu durchbrechen. Diese Entwicklung bedeutet eine potentielle Belastung der öffentlichen Haushalte, um das österreichische Kyoto-Ziel zu erreichen. Eine innovative Klimapolitik könnte Impulse für zukunftsfähige Wirtschaftsstrukturen setzen und Anreize für Innovationen bieten.

Auch unter dem Gesichtspunkt einer stärkeren Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern sollte die Klimapolitik auf Innovationen zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit fokussiert werden. Erforderlich ist dafür die Identifikation von Aktivitäten mit hohem Innovationspotential für österreichische Unternehmen, die rasch umsetzungsreif gemacht werden.

Bestimmte Bereiche sind nicht nur vom klimapolitischen Gesichtspunkt von Interesse, sondern auch aus wirtschaftlicher Perspektive wie die energetische Sanierung von Gebäuden, das Passivhaus als Standard für Neubauten oder ein breiterer Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung.

Für die nächste Stufe der Einführung des Emissionshandels in der EU wäre eine Verbesserung der Entscheidungsgrundlagen sowohl hinsichtlich der Datenbasis als auch der administrativen Infrastruktur vordringlich.

Die Europäische Wirtschaft kann von der derzeit hohen Dynamik der Weltwirtschaft nur unzureichend profitieren. Während das Wachstum der Weltwirtschaft nach 4,5% im Jahr 2004 heuer bei etwa 4% liegt, wurde die Prognose für den Euro-Raum im Frühjahr auf +1,6% zurückgenommen. Die Europäische Union trug auf dem Gipfel in Luxemburg diesem Umstand Rechnung, indem sie den Stabilitäts- und Wachstumspakt lockerte sowie der Lissabon-Agenda im Allgemeinen und dem Wachstumsziel im Besonderen einen höheren Stellenwert einräumte. Die Verankerung der Lissabon-Strategie in der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten soll durch einen "Nationalen Aktionsplan" stärker betont werden.

---

## **Umwelttechnologie als Export- und Wachstumschance**

---

## **Innovative Klimapolitik**

---

## **Zusammenfassung**

Die österreichische Wirtschaft erreichte 2004 und voraussichtlich auch 2005 Zuwachsraten von knapp 2%. Das Wachstum ist damit niedriger als in früheren Erholungsphasen und nicht hoch genug, um die Arbeitslosigkeit zu senken. Die Wirtschaft wächst in Österreich rascher als in Deutschland und Italien, 2005 auch rascher als im Durchschnitt des Euro-Raums, doch ist der Vorsprung, der Österreich in die Spitzengruppe gemessen am Pro-Kopf-Einkommen geführt hat, geschwunden.

Mittelfristig liegt das erwartete Wachstum knapp über dem Durchschnitt des Euro-Raumes, aber niedriger als in den nordeuropäischen und zentraleuropäischen Wachstumskernen. Es reicht mit 2,3% weiterhin nicht aus, um die Arbeitslosenquote zu senken – ein deutlicher Rückgang wäre nur bei einem mittelfristigen Wachstum von 2,5% zu erwarten. Eine Strategie zur Anhebung des Wachstumspfad es ist sowohl nach dem Lissabon-Ziel notwendig als auch um die Arbeitslosigkeit zu senken, die öffentlichen Haushalte mittelfristig zu konsolidieren und für die Probleme infolge der demographischen Alterung vorzusorgen.

Eine Bewertung des Fortschritts in der Umsetzung der Lissabon-Strategie durch Österreich zeigt ebenfalls einen Handlungsbedarf auf. Die Beschäftigungsquote liegt schon nahe dem Lissabon-Ziel für 2010 und steigt, allerdings durch die Einbeziehung der Personen mit Kinderbetreuungsgeldbezug überhöht und teilweise beschränkt auf Teilzeitarbeitsplätze. Die Arbeitslosenquote liegt nach EU-Berechnung über jener der Jahre 1995 und 2000; sie wäre ohne Berücksichtigung der Schulungsteilnahmen und Frühpensionierungen und nach der nationalen Berechnung noch höher. Österreich weist eine der niedrigsten Beschäftigungsquoten älterer Arbeitnehmer auf.

Gemessen an den Indikatoren für den sozialen Zusammenhalt liegt Österreich günstig, ebenso bezüglich der Energieintensität. Kennzahlen, die die Veränderung der Umweltbelastung messen (Emissionen von Treibhausgasen, Transportvolumen), zeigen für Österreich ein ungünstiges Ergebnis. Generell zeichnen Indikatoren des Fortschritts ein ungünstigeres Bild als jene, die die relative Position zu anderen Ländern anzeigen.

Die Anhebung des Wachstumspfad es einer Volkswirtschaft ist eine anspruchsvolle, schwierige und langfristige Aufgabe. Keine einzelne Maßnahme ist für sich genommen imstande, den Wachstumspfad nachhaltig und merklich zu erhöhen. Nur eine langfristig konzipierte und konsequent verfolgte Strategie, die kurzfristig Nachfrage schafft und langfristig das Produktionspotential und die Wettbewerbskraft der Volkswirtschaft insgesamt steigert, kann das Wachstum dauerhaft verändern.

Eine Strategie zur Erhöhung des Wachstumspfad es besonders in einer kleinen Volkswirtschaft ist dann eher erfolgreich, wenn die Nachbarländer ebenfalls versuchen, das Wachstum zu verstärken, da negative Sickerereffekte und positive Spill-overs auftreten und viele Projekte transnational geplant oder finanziert werden müssen. Die vom WIFO in seiner Kurzstudie vorgeschlagenen Maßnahmen sind konform oder sogar abgeleitet aus der Lissabon-Agenda und können in den im Herbst vorzulegenden "Nationalen Umsetzungsplan" eingearbeitet werden.

Zusätzliche Ausgaben zur Stimulierung des Wirtschaftswachstums dürfen die langfristige Budgetkonsolidierung nicht aus den Augen verlieren. Daher sollten die wachstumsfördernden Aktivitäten teilweise durch Umschichtung der bisherigen Ausgaben finanziert werden. Die gewählten Maßnahmen müssen mittelfristig eine hohe volkswirtschaftliche Rendite aufweisen. Der psychologische Faktor – die Reduktion der Unsicherheit der privaten Haushalte und Unternehmen und die allgemeine Akzeptanz der wachstumspolitischen Strategie – spielt eine entscheidende Rolle.

Die Konjunkturlage ist, wie die aktuelle Prognose des WIFO belegt, nicht so ungünstig, dass Maßnahmen zur reinen Konjunkturbeleb ung berechtigt wären. Sollte sich die Situation allerdings verschlechtern, dann wäre es günstig, rasch umsetzbare Projekte und Maßnahmen vorbereitet zu haben. Sie sollten nachfrage- und angebotsseitig wirksam sein (also den Standort verbessern und die Zukunftsinvestitionen unterstützen). Maßnahmen zur Erhöhung des mittelfristigen Wachstumspfad es sollen über den vollen Konjunkturzyklus durchgehalten werden. Aus der Sicht des Arbeitsmarktes und der Infrastrukturdefizite (besonders im EU-Erweiterungsraum) wäre ein "Quick-

start" einer längerfristigen verstärkten Wachstumsstrategie eventuell auch unter Nutzung von Einmalerträgen gerechtfertigt.

Die erhöhte Priorität des Wachstumszieles innerhalb der Europäischen Union und die Notwendigkeit zur Erstellung nationaler Pläne zur Umsetzung der Lissabon-Agenda steigern die Erfolgchancen einer Wachstumsstrategie. Österreich soll die Umorientierung der EU auf einen Wachstumskurs unterstützen. Dies könnte gerade unter der Präsidentschaft im 1. Halbjahr 2006 möglich und wichtig sein und würde auch einen Kompromiss bezüglich der Beitragszahlungen rechtfertigen.

Der Entschluss, dem Wachstumsziel vorrangige Priorität zu geben, darf nicht bedeuten, dass die Anstrengungen im Bereich der Kohärenz und der Nachhaltigkeit vernachlässigt werden. Beide Ziele sind wesentliche Charakteristika des "Europäischen Modells". Werden sie hintangestellt, so entstehen mittelfristig höhere Folgekosten (und die Verunsicherung durch raschen Strategiewechsel). Außerdem verliert Europa und gerade Österreich damit Wachstums- und Exportchancen im Umwelttechnologiesektor.

Die Untersuchung des WIFO nennt sieben Bereiche, in denen Maßnahmen getroffen werden sollten, um den mittelfristigen Wachstumspfad zu heben:

- Innovation und Forschung,
- Ausbildung,
- Weiterbildung,
- Infrastruktur,
- Arbeitsmarktförderung und Anreizstrukturen,
- Betriebsgründungen und
- Umwelttechnologie.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen bilden keine vom WIFO entwickelte Gesamtstrategie, sondern ergeben sich aus Teilstudien, in denen das Institut Stärken und Schwächen untersucht und Maßnahmen vorschlägt.

Im Bereich von Forschung und Innovation ist die Erreichung des Zwischenzieles einer Forschungsquote von 2,5% des BIP im Jahr 2006 möglich, aber nicht abgesichert. Der Vorschlag des WIFO umfasst ergänzende Maßnahmen zur Forschungsförderung für Klein- und Mittelbetriebe (Prämie bei Auftragsforschung), zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Universitäten (Drittmittelbonus) und eine verbindliche Zusage von neuen, erhöhten Sonderfinanzierungsmitteln nach Auslaufen der derzeitigen Aktion (etwa über einen Allparteiantrag im Parlament), da Forschungsaktivitäten über die Legislaturperiode hinaus planbar sein müssen. Maßnahmen zur Effizienzsteigerung und strategischen Vergabe von Forschungsmitteln ergänzen diese finanziellen Vorschläge. Die langfristige Wirkung von Forschungsausgaben (u. a. auf die Beschäftigung) ist deutlich größer als die kurzfristige.

Im Bereich der Ausbildung und Weiterbildung ist der entscheidende Beitrag von Humankapital für das Wirtschaftswachstum eingehend dokumentiert. Die Tatsache, dass ältere Arbeitnehmer in zehn Jahren die größte Gruppe auf dem Arbeitsmarkt sein werden, unterstreicht die Bedeutung der Weiterbildung für die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und verlangt tiefgreifende Änderungen in der Bereitschaft zu lebenslangem Lernen, in Unternehmensstrategien sowie in der Institutionenlandschaft für Weiterbildung. Konkrete Vorschläge betreffen eine Lehrlingsoffensive im Bereich der modernen Dienstleistungen, die Anbindung von Lehrabschlüssen an höhere Bildungswege, Nachholprogramme für Personen ohne Schulabschluss, eine Qualifizierungsoffensive für Personen mit Migrantenhintergrund, die Unterstützung von Berufsunterbrechungen zwecks Weiterbildung und die Verbindung von Flexibilitätsanforderungen mit einer geschlossenen Periode für Weiterbildung. Maßnahmen zur Modularisierung, Zertifizierung und Internationalisierung der Weiterbildung sind langfristig wichtig und sollten in ein Gesamtkonzept eingebettet werden.

Im Bereich der Infrastruktur wird der Verbesserung des österreichischen Wirtschaftsstandortes vor dem Hintergrund der Osterweiterung der EU und der neuen geopoliti-

schen Lage Österreichs Priorität gegeben. Neben Bahn (Beseitigung von Behinderungen auf der Westbahn, Pyhrnbahn–Summerauer Bahn, Semmeringtunnel) und Straßen (u. a. Ausbau der Westautobahn, Nord-Süd-Umfahrung Wiens, Spange Kitzsee, Nordautobahn, Mühlviertler Schnellstraße) bedeutet das auch Investitionen in die Logistik, in Güterterminals und die Bahnhofsanierung. Im Bereich der immateriellen Infrastruktur ist die Breitbandtechnologie zu forcieren. Die Finanzierung von Gemeindeinvestitionen, die Nutzung der Wohnbaurichtlinien zur Durchsetzung von Energieeinsparungen, ökologischen Baumaßnahmen und zur Errichtung von Telekommunikationsinfrastruktur wird angesprochen, ebenso Maßnahmen zur Forcierung von PPP-Modellen (rechtlicher Hintergrund, Task Force, Modellanalysen). Österreich weist einen überproportionalen Anteil an transnationalen TEN-Projekten auf (Eisenbahnen München–Brenner, München–Pressburg, Budapest–Wien, Schifffahrt Wien–Pressburg, Autobahn Wien–Brünn). Ihre Finanzierung auf europäischer und nationaler Ebene sollte verbessert werden, organisatorische Probleme könnten durch einen "TEN-Verantwortlichen" (eventuell gekoppelt mit dem "Lissabon-Verantwortlichen") beseitigt werden. Ein höherer Finanzierungsbeitrag der EU bei früherem Beginn könnte die abwartende Haltung der Länder reduzieren.

Im Bereich des Arbeitsmarktes werden Aktivierungsmaßnahmen des AMS, Maßnahmen zur Höherqualifikation und zur zielgruppenorientierten Wiedereingliederung von Problemgruppen vorgeschlagen, wobei alle Modelle unter dem Gesichtspunkt der Kosten und der Substitution von bestehenden Arbeitsplätzen zu überprüfen sind. Qualifizierungsmaßnahmen für erwerbsfähige Bezieher von Sozialhilfe und die Verstärkung von Anreizen zur Aufnahme von Beschäftigung werden vorgeschlagen. Die Erhöhung des Arbeitnehmerabsatzbetrags in Verbindung mit der Ausübung einer Beschäftigung wäre ebenfalls ein Anreiz zur (Wieder-)Aufnahme einer Beschäftigung.

Zur Gründung von Unternehmen und zur Forcierung ihres Wachstums werden Maßnahmen im Bereich der Betriebsgründung, der Finanzierung und der Anwerbung von Headquarter-Standorten vorgeschlagen.

Der Sektor der Umwelttechnologie bietet Österreich beträchtliche Expansionschancen; dafür ist eine Strategie und Förderung zu konzipieren. Die Klimastrategie soll umfassend und kosteneffizient durchgeführt werden. Die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern soll reduziert werden, Umweltpolitik und Wohnbau können stärkere Synergien entwickeln.

## Literaturhinweise

- Aiginger, K., "Labour Market Reforms and Economic Growth. The European Experience in the Nineties", WIFO Working Papers, 2004, (232), [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=25275](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25275).
- Aiginger, K., "Towards a New European Model of the Reformed Welfare State: An Alternative to the United States Model", United Nations, Economic Survey of Europe, 2005, (1), S. 105-114.
- Aiginger, K., Kramer, H., Wirtschaftspolitik zur Steigerung des Wirtschaftswachstums, WIFO, Wien, 2003, [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=24548](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24548).
- Biffi, G., Targeted Wage Cost Reduction in the Netherlands: A Comment from Austria, Wien, 2005 (mimeo).
- Breuss, F., Kaniowski, S., Lehner, G., "Makroökonomische Evaluierung der Fiskalpolitik 2000 bis 2002", WIFO-Monatsberichte, 2004, 77(7), S. 557-571, [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=25156](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25156).
- Breuss, F., Kaniowski, S., Schratzenstaller, M., "Steuerreform 2004/05 – Maßnahmen und makroökonomische Effekte", WIFO-Monatsberichte, 2004, 77(8), S. 627-643, [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=25204](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25204).
- Falk, M., Leo, H., Die Innovationsaktivitäten der österreichischen Unternehmen. Empirische Analysen auf Basis der Europäischen Innovationserhebung 1996 und 2000, WIFO, Wien, 2004, [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=25249](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25249).
- Falk, R., Leo, H., Ziegler, E. (WIFO), Dinges, M., Gassler, H., Polt, W. (Joanneum Research), The Role of Special Funds in Catching-up R&D-Strategies, Studie von WIFO und Joanneum Research im Auftrag des Rates für Forschung und Technologieentwicklung, Wien, 2004.
- Gierlinger, B., Müller, E., "Steuer-Check 2004/2005", SWK-Sonderheft, 2005.
- Kaniowski, S., Kratena, K., Marterbauer, M., Auswirkungen öffentlicher Konjunkturimpulse auf Wachstum und Beschäftigung, WIFO, Wien, 2003, [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=24614](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24614).

- Kaniowski, S., Schratzenstaller, M., Selbstfinanzierung der Steuerreform 2004/05, WIFO, Wien, 2004, [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=25033](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25033).
- Kaniowski, S., Walterskirchen, E., Flexibilisierung der Arbeitszeit, Studie des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, Wien, 2004.
- Kramer, H., "Überlegungen zu den Verteilungswirkungen der österreichischen Budgetpolitik", WIFO-Monatsberichte, 2001, 74(1), S. 27-39, [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=19590](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=19590).
- Lehner, G., "Überblick über die Maßnahmen der Steuerreform 2000", WIFO-Monatsberichte, 1999, 72(7), S. 515-522, [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=8201](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=8201).
- Lutz, H., et al., "Halbzeitbewertung", in Lutz, H., Mahringer, H., Evaluierung Europäischer Sozialfonds 2000-2006: Ziel 3 – Österreich, WIFO, Wien, 2005, [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=25462](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25462).
- OECD, New GDP Comparisons Based on Purchasing Power Parities for the Year 2002, Paris, 2005.
- Sapir, A., An Agenda for a Growing Europe. Making the EU Economic System Deliver, Report of an Independent High-Level Study Group established on the initiative of the President of the European Commission, Paris, 2003.
- Schatzenstaller, M., Falk, M., Kramer, H., Marterbauer, M., Schwarz, G., Walterskirchen, E., "Erste Evaluierung der Konjunkturbelebungsmaßnahmen seit 2001", WIFO-Monatsberichte, 2003, 76(10), S. 755-768, [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=24622](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24622).
- Schulmeister, St., "Weiterhin kräftiges Wachstum in Asien, Russland und den USA – Deutschland und Japan bleiben Nachzügler. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2009", WIFO-Monatsberichte, 2005, 78(1), S. 35-48, [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=25405](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25405).

### *Strategies to Boost Growth and Employment in Austria – Summary*

Economic growth, both in Austria and as an EU average, is not strong enough to make substantial inroads on unemployment. It was not least due to this factor that the European Council awarded maximum priority to the growth and employment targets and requested that member states should each present a national growth strategy. The Austrian federal government asked WIFO to propose growth-inducing measures for the early May summit. The initiatives suggested by WIFO in seven policy fields are suitable to accelerate economic growth and are to be incorporated in an overall strategy.